

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

Sitzung am Mittwoch, 07.12.2011

- Ergänzung der Unterlagen -

Öffentliche Tagesordnung

**Inhaltsverzeichnis
siehe letzte Seite(n)**

- | | | |
|-------|---|---------------------------|
| 22.1. | Kostenfreiheit des Schulweges; Rückforderung von Wertmarken Tischauflage | 40/105/2011 Beschluss |
| 22.2. | Vorwürfe gegen die Erlanger Ausländerbehörde Tischauflage | 332/008/2011 Beschluss |

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
I/40-1/BBB

Verantwortliche/r:
Frau Brigitte Bayer

Vorlagennummer:
40/105/2011

Kostenfreiheit des Schulweges; Rückforderung von Wertmarken

| Beratungsfolge | Termin | Ö/N | Vorlagenart | Abstimmung |
|--|------------|-----|-------------|------------|
| Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss | 07.12.2011 | Ö | Beschluss | |

Beteiligte Dienststellen

Jugendverkehrsschule der Polizeiinspektion Erlangen-Stadt/ Herr Keil, 321/ Herr Hanisch Schulwegbeauftragter der Stadt Erlangen; Regierung von Mittelfranken

I. Antrag

1. Der nachstehende Bericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Fraktionsantrag der SPD 192/2011 vom 29.11.2011 „Schulwegtickets“ ist damit bearbeitet.

II. Begründung

Die im Fraktionsantrag angesprochenen Rückforderungen von Schülerwertmarken betrifft ausschließlich das Baugebiet 407/408 in Büchenbach.

Hintergrund dieser Maßnahme war, dass aus heute nur noch teilweise nachvollziehbaren Gründen (diverse Sachbearbeiterwechsel, geänderte Messmethoden, Beteiligung weiterer Ämter wie Planungsamt etc.) der Schulweg zum Schulzentrum West (Albert-Schweitzer-Gymnasium, Realschule am Europakanal und Hermann-Hedenus-Mittelschule) nicht immer in einheitlicher Weise gemessen wurde und es daher zu unterschiedlichen Entscheidungen bei der Bewilligung von Schülerbeförderungsanträgen kam.

Insofern war es zwingend notwendig, eine einheitliche Schulwegmessung zu den Schulen sicherzustellen, um einerseits den gesetzlichen Vorschriften über die Schülerbeförderung (kürzester zumutbarer Schulweg zwischen Wohnung und Schule von mindestens 3.000 m) und andererseits dem Gleichheitsgrundsatz in ausreichender Weise Rechnung zu tragen.

Im Rahmen einer Ortsbegehung mit dem Schulwegbeauftragten der Stadt Erlangen als auch mit dem zuständigen Mitarbeiter der Verkehrserziehung der Polizeiinspektion Erlangen-Stadt wurde festgestellt, dass ein (sogar mit Schulwegmarkierungen versehener) direkter und sicherer Schulweg durch das Wohngebiet verläuft, welcher auch tatsächlich vom überwiegenden Teil der Schülerinnen und Schüler genutzt wird. Eine Überquerung der Brücke über den Adenauer Ring ist nicht mehr erforderlich.

Die Überprüfung und einheitliche Neuvermessung aller Schülerbeförderungsanträge in diesem Gebiet führte aber bedauerlicherweise auch dazu, dass in einigen wenigen Fällen die 3 km-Grenze nicht mehr erreicht wurde und die bereits ausgegebenen Wertmarken zurück gefordert werden mussten.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Festlegung des Schulweges lediglich die Messung zur Überprüfung der Schulweglänge bindet. Den Eltern ist es unbenommen für Ihr Kind einen anderen Weg zu wählen, wenn ihnen dieser vorteilhafter erscheint.

Dies hat jedoch keine Auswirkung auf die Entscheidung über eine kostenfreie Schülerbeförderung. Ein Ermessensspielraum für die Stadt Erlangen besteht insofern nicht, als die Stadt für die Kosten der Schülerbeförderung hohe Zuschüsse (rd. 70 %) seitens des Staates erhält.

Es wird ausdrücklich betont, dass die neue Schulwegführung einzig und allein die nachhaltige Beseitigung vorausgegangener Unstimmigkeiten bei der Bewilligung der kostenfreien Schülerbeförderung in dem genannten Wohngebiet zum Ziel hat.
Finanzielle Einsparungsabsichten lagen der Maßnahme nicht zugrunde.

Anlagen:

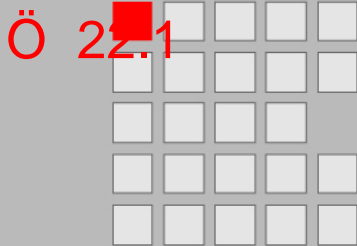
1. Fraktionsantrag der SPD-Fraktion Nr. 192/2011 „Schulwegticket“ vom 29.11.2011;
2. Übersichtskarte: neue Schulwegmessung vom Baugebiet 408 zum Albert - Schweitzer - Gymnasium

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 29.11.2011

Antragsnr.: 192/2011

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: I/40/Fr. Mahns

mit Referat:

**SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Geschäftsstelle im Rathaus,

1. Stock, Zimmer 105 und 105a

Telefon 09131 862225

Telefax 09131 862181

e-Mail spd@erlangen.de

www.spd-fraktion-erlangen.de

Schulwegtickets

Antrag an den HFGA am 7.12.2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die SPD-Fraktion hat erfahren, dass das Schulverwaltungsamt in einigen Fällen die bereits gewährten Fahrkarten zur Schulwegbeförderung zurück gefordert hat.

Wir bitten dazu um einen Bericht im HFGA am 7.12., da die nächste Sitzung des Schulausschusses erst im Januar stattfindet.

Datum

29.11.2011

AnsprechpartnerIn

Saskia Coerlin

Durchwahl

09131 862225

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

Barbara Pfister
Sprecherin für Schulen

Seite

1 von 1

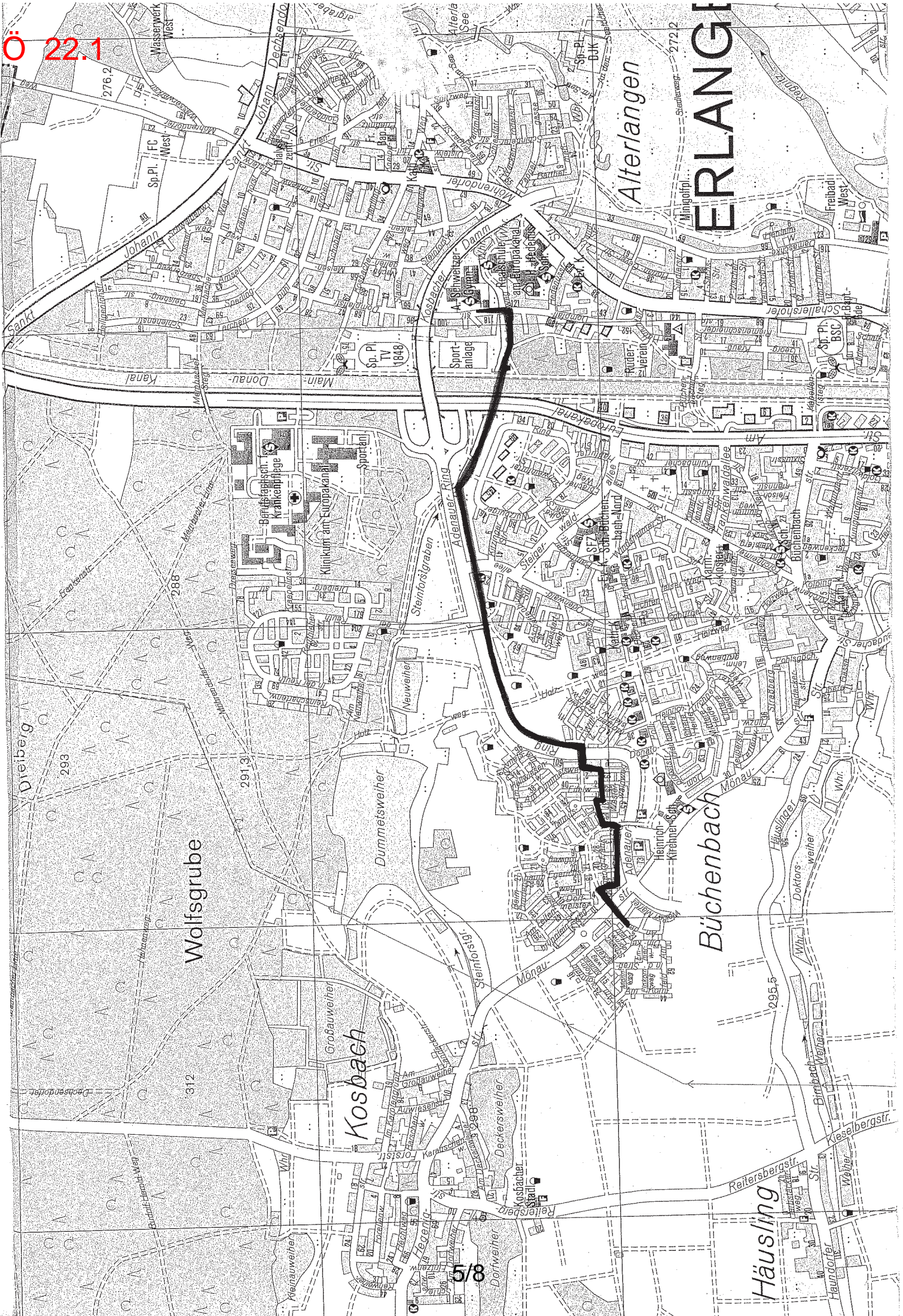
Jürgen Belz
Stadtrat

f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Erlangen

SPD

Ö 22.1



ERLANGEN

Alterlangen

Wolfsgrube

Kosbach

Büchenbach

Häusling

5/8

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/332/KKB

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
332/008/2011

Vorwürfe gegen die Erlanger Ausländerbehörde

| Beratungsfolge | Termin | Ö/N | Vorlagenart | Abstimmung |
|--|------------|-----|-------------|------------|
| Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss | 07.12.2011 | Ö | Beschluss | |

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.
2. Der gemeinsame Fraktionsantrag der SPD und Grünen Liste Nr. 194/2011 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

„Die Stadt Erlangen ist bereit, auf die erhobenen Forderungen des Bayerischen Flüchtlingsrates, des Ausländer- und Integrationsbeirates der Stadt Erlangen und anderer Organisationen nach Überprüfung von Maßnahmen gegen drei Asylbewerber einzugehen und sich in diesem Sinne an die Regierung von Mittelfranken zu wenden.“ Das haben Bürgermeisterin Elisabeth Preuß und die Rechtsreferentin der Stadt Erlangen, Marlene Wüstner, erklärt. Zugleich wiesen beide darauf hin, dass in zwei der drei Fälle die Stadt Erlangen lediglich ausführendes Organ im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg war. In einer Pressemitteilung unterstreicht die Stadt, dass sie die erhobenen Vorwürfe sehr ernst nehme, da sie von anerkannten, renommierten Organisationen, darunter auch Amnesty International / Ortsgruppe Erlangen, erhoben wurden. Eine erste juristische Schnellprüfung habe allerdings keinen Anlass zum Zweifel an der Korrektheit der verschiedenen Entscheidungen ergeben. Dennoch sei man bereit, die gesamten Vorgänge überprüfen zu lassen bzw. mit dem BAMF das Gespräch zu suchen.

In jedem Fall werde man auch intern die Vorgänge noch einmal genau rekapitulieren, nicht zuletzt weil der Schutz der Familie, aber auch ein menschlich fairer Umgang mit Menschen in schwierigen persönlichen Situationen, der Stadtverwaltung ein großes Anliegen sei.

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
 sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
 sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 29.11.2011

Antragsnr.: 194/2011

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: III/33/Hr. Schiffmann

mit Referat:



**SPD Fraktion
im Stadtrat
Erlangen**

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Geschäftsstelle im Rathaus

1. Stock, Zimmer 105 und 105a

Telefon 0 91 31 / 86 22 25

Telefax 0 91 31 / 86 21 81

Herrn

Ober e-mail sod@erlangen.de

bürgermeister

Dr. Siegfried Balleis

Rathausplatz 1

91052 Erlangen



Stadtratsfraktion

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 130

Büro: Mo 10-12, 14-18 Di 10-12 Do 12-14
tel 09131/862781 fax 09131/861681
e-mail: gruene-liste@erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>

Erlangen, den 29.11.2011

**Vorwürfe gegen Erlanger Ausländerbehörde
Antrag zur öffentlichen HFPA-Sitzung am 7.12.2011**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am 29.11. haben verschiedene im Flüchtlingsbereich engagierte Organisationen sowie der Ausländer- und Integrationsbeirat der Stadt Erlangen in der Öffentlichkeit Vorwürfe gegen die Ausländerbehörde erhoben, insbesondere gegen einen städtischen Mitarbeiter.

Wir bitten dazu einen Bericht der zuständigen Referentin im öffentlichen Teil der HFPA-Sitzung am 7.12.2011.

Mit freundlichen Grüßen

für die SPD-Fraktion:

Dr. Florian Janik

Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion

f.d.R. Saskia Coerlin

für die Grüne Liste-Fraktion:

Susanne Lender-Cassens

Vorsitzende der GL-Stadtratsfraktion

f.d.R. Wolfgang Most

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|---|
| Sitzungsdokumente | |
| Tischauflagen -öffentlich- | 1 |
| Vorlagendokumente | |
| TOP Ö 22.1 Kostenfreiheit des Schulweges; Rückforderung von Wertmarken | |
| Beschlussvorlage 40/105/2011 | 2 |
| Fraktionsantrag 192_2011_ Schülerbeförderung_SPD 40/105/2011 | 4 |
| Neuvermessung Schulweg Schulzentrum West_A4 40/105/2011 | 5 |
| TOP Ö 22.2 Vorwürfe gegen die Erlanger Ausländerbehörde | |
| Beschlussvorlage 332/008/2011 | 6 |
| Antrag_GL_194/2011 332/008/2011 | 8 |
| Inhaltsverzeichnis | 9 |